



FWF

Freie Wählergemeinschaft Friedlands
Liepen 18, 17098 Friedland, OT Liepen

Freie Wählergemeinschaft Friedland

An die Stadtvertretung der Stadt Friedland
Riemannstraße 42 · 17098 Friedland

12.09.2026

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht

Unsere Zeichen

Datum

Antrag auf Herbeiführung eines Bürgerentscheids über die Abberufung des Bürgermeisters der Stadt Friedland

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Friedlands (FWF) in Zählgemeinschaft mit der Wählergemeinschaft Wir für Friedland beantragt folgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung der Stadt Friedland beschließt gemäß § 20 Abs. 7 in Verbindung mit § 32 Abs. 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V), einen Bürgerentscheid über die Abberufung des hauptamtlichen Bürgermeisters der Stadt Friedland, Herrn Frank Nieswandt, herbeizuführen.

Begründung

Die Herbeiführung eines Bürgerentscheids über die Abberufung eines direkt gewählten Bürgermeisters ist eine außergewöhnliche und weitreichende Entscheidung.

Wir haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht.

Sie ist nicht das Ergebnis einer einzelnen politischen Auseinandersetzung, einer einzelnen Personalentscheidung oder eines einzelnen Verwaltungsvorgangs.

Unterschiedliche politische Auffassungen, kontroverse Diskussionen und auch Fehler gehören zur kommunalpolitischen Arbeit und zu einer lebendigen Demokratie.

Entscheidend ist für uns vielmehr eine Entwicklung, die sich über einen Zeitraum von inzwischen mehr als zwei Jahren vollzogen und zunehmend verfestigt hat.

In dieser Zeit haben sich aus unserer Sicht wiederholt erhebliche Probleme in der Führung und Organisation der Stadtverwaltung sowie insbesondere in der Zusammenarbeit zwischen Bürgermeister und Stadtvertretung gezeigt.

Es geht um wiederkehrende Informationsdefizite, die Umsetzung von Beschlüssen der Stadtvertretung, personelle und organisatorische Schwierigkeiten innerhalb der Verwaltung sowie um die Vorbereitung und Bearbeitung besonders schwieriger Verwaltungsverfahren.

Diese Probleme wurden wiederholt angesprochen. Es wurden Nachfragen gestellt, Sachverhalte in den politischen Gremien beraten, Beschlüsse gefasst und Verbesserungen eingefordert.

Eine nachhaltige Verbesserung ist aus unserer Sicht dennoch nicht eingetreten.

Stattdessen muss sich die Stadtvertretung zunehmend mit Fragen beschäftigen, die durch eine funktionierende Verwaltungsorganisation, transparente Kommunikation und verlässliche Verfahrensführung vermieden oder zumindest wesentlich reduziert werden könnten.

Wir sind deshalb an einem Punkt angekommen, an dem aus unserer Sicht ein einfaches „Weiter so“ nicht mehr verantwortbar ist.

Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, dem Bürgermeister jedes Problem innerhalb der Stadtverwaltung persönlich zuzuschreiben. Auch die Stadt Friedland steht vor Fachkräftemangel, steigenden gesetzlichen Anforderungen, finanziellen Herausforderungen und zunehmend komplexeren Verwaltungsverfahren.

Der Bürgermeister trägt jedoch als Leiter der Verwaltung eine besondere Verantwortung für deren Führung und Organisation sowie für eine funktionierende Zusammenarbeit mit der Stadtvertretung.

Vor diesem Hintergrund begründen wir unseren Antrag insbesondere mit den folgenden Entwicklungen.

1. Information und Zusammenarbeit mit der Stadtvertretung

Eine funktionierende kommunale Selbstverwaltung setzt eine verlässliche Zusammenarbeit zwischen Bürgermeister und Stadtvertretung voraus.

Die Mitglieder der Stadtvertretung tragen Verantwortung für Entscheidungen, die erhebliche Auswirkungen auf Friedland und seine Ortsteile haben. Um diese Verantwortung wahrnehmen zu können, müssen die hierfür erforderlichen Informationen rechtzeitig, vollständig und nachvollziehbar zur Verfügung stehen.

Aus unserer Sicht war dies in den vergangenen Jahren wiederholt nicht in ausreichendem Maße gewährleistet.

Beispielhaft stehen hierfür die Diskussionen und wiederholten Nachfragen im Zusammenhang mit der Gleiserneuerung, die Bearbeitung von Anfragen mehrerer Fraktionen sowie zuletzt die Informationslage im Zusammenhang mit der Feuerwehrsatzung.

Dabei geht es nicht darum, dass Bürgermeister und Stadtvertretung zu jeder Sachfrage dieselbe Auffassung vertreten müssen. Politischer Streit gehört zur Demokratie.

Was jedoch nicht zur Normalität werden darf, ist eine Situation, in der Stadtvertreter wiederholt den Eindruck gewinnen, wesentliche Informationen erst durch konkrete Nachfragen, verspätet oder nicht in der erforderlichen Vollständigkeit zu erhalten.

Gerade bei weitreichenden personellen, finanziellen oder rechtlichen Entscheidungen muss sich die Stadtvertretung darauf verlassen können, dass ihr die entscheidungserheblichen Tatsachen rechtzeitig vorliegen.

Die Stadtvertretung darf nicht erst die richtigen Fragen stellen müssen, um die Informationen zu erhalten, die sie für ihre Entscheidungen benötigt.

Eine verlässliche Informationskultur bedeutet aus unserer Sicht vielmehr, dass wesentliche Informationen aktiv, rechtzeitig und nachvollziehbar zur Verfügung gestellt werden.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben unser Vertrauen in eine solche verlässliche Zusammenarbeit erheblich beeinträchtigt.

2. Beschlüsse müssen Wirkung entfalten

Die Stadtvertretung diskutiert, wägt unterschiedliche Interessen ab und fasst anschließend Beschlüsse.

Diese Beschlüsse dürfen nicht lediglich auf dem Papier bestehen bleiben.

Beispielhaft sind hier die BV VII-056-23 zur Neugestaltung der Homepage sowie die BV VII-039-23 zum Wohnmobilstellplatz am Mühlenteich zu nennen. Aus unserer Sicht wurden diese Beschlüsse bislang nicht beziehungsweise nicht ausreichend umgesetzt.

Uns ist bewusst, dass nicht jeder Beschluss unmittelbar umgesetzt werden kann.

Rechtliche Fragen, fehlende finanzielle Mittel, personelle Engpässe oder andere tatsächliche Hindernisse können eine Umsetzung verzögern.

Dann muss die Stadtvertretung jedoch transparent darüber informiert werden, welchen Bearbeitungsstand der Beschluss hat, welche Hindernisse bestehen, welche nächsten Schritte vorgesehen sind und wann mit einer weiteren Umsetzung gerechnet werden kann.

Es darf aus unserer Sicht kein Dauerzustand werden, dass nach einem gefassten Beschluss wiederholt nachgefragt werden muss, was aus ihm geworden ist.

Ein Beschluss der Stadtvertretung muss entweder umgesetzt werden - oder es muss nachvollziehbar erklärt werden, warum und wie lange dies nicht möglich ist.

Andernfalls verliert politische Entscheidungsfindung an Verbindlichkeit.

Das ist nicht nur ein internes Problem zwischen Stadtvertretung und Verwaltung. Die Stadtvertreter müssen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern erklären können, was aus den Entscheidungen geworden ist, die sie in deren Auftrag getroffen haben.

3. Personalentwicklung und Stabilität der Verwaltung

Die personelle Entwicklung innerhalb der Stadtverwaltung bereitet uns seit längerer Zeit erhebliche Sorge.

In den zurückliegenden Jahren kam es wiederholt zu personellen Veränderungen. Hinzu kamen Schwierigkeiten und Diskussionen im Zusammenhang mit Stellenbesetzungsverfahren.

Personalwechsel gehören grundsätzlich zu jeder Organisation. Auch der zunehmende Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst ist uns bewusst.

Nicht jede Kündigung, jede Bewerbung oder jede gescheiterte Stellenbesetzung kann dem Bürgermeister zugerechnet werden.

Wenn sich personelle Schwierigkeiten jedoch über einen längeren Zeitraum wiederholen und wichtige Funktionen davon betroffen sind, muss die Frage nach einer nachhaltigen Personal- und Organisationsentwicklung gestellt werden dürfen.

Gerade eine Verwaltung in der Größe Friedlands ist darauf angewiesen, Schlüsselpositionen dauerhaft und fachlich geeignet zu besetzen.

Personelle Instabilität hat Auswirkungen auf Wissenstransfer, Bearbeitungszeiten, Projektsteuerung und letztlich auf die Leistungsfähigkeit der gesamten Verwaltung.

Eine Stadtverwaltung braucht nicht nur Stellenpläne. Sie braucht Stabilität, klare Verantwortlichkeiten und Menschen, die ihre Aufgaben dauerhaft wahrnehmen können.

Aus unserer Sicht ist eine langfristig erkennbare und erfolgreiche Personalentwicklung in den vergangenen Jahren nicht in dem erforderlichen Maße gelungen.

4. Verwaltungsorganisation und Bauamt

Besonders deutlich wurden die organisatorischen Schwierigkeiten aus unserer Sicht bei der Neuordnung der Verwaltung und der weiteren Entwicklung des Bauamtes.

Mit dem Organisationsbeschluss VIII-243-25 vom 10.12.2025 wurden grundlegende organisatorische Entscheidungen getroffen.

Die anschließenden Entwicklungen haben jedoch erneut zu erheblichem politischen Beratungs- und Klärungsbedarf geführt.

Fragen der Besetzung der Bauamtsleitung, der zukünftigen fachlichen Ausstattung und der personellen Aufstellung des Bauamtes beschäftigten die politischen Gremien weiter.

Gerade das Bauamt ist für die zukünftige Entwicklung Friedlands von zentraler Bedeutung.

Unsere Stadt steht vor erheblichen Investitions- und Sanierungsaufgaben. Kommunale Gebäude, Schulen, Feuerwehrgerätehäuser, Sportstätten, Straßen und weitere Infrastruktur müssen erhalten, saniert oder weiterentwickelt werden.

Hierfür braucht Friedland eine leistungsfähige, fachlich gut aufgestellte und dauerhaft arbeitsfähige Verwaltung.

Organisatorische Entscheidungen müssen deshalb irgendwann zu organisatorischer Klarheit führen.

Wir können uns nicht dauerhaft damit beschäftigen, wie unsere Verwaltung funktionieren soll. Sie muss funktionieren.

Dieser Vorgang steht für uns beispielhaft für die Frage, ob es bislang gelungen ist, die Verwaltung langfristig so aufzustellen, dass sie die vor ihr liegenden Aufgaben zuverlässig bewältigen kann.

5. Feuerwehr - ein Konflikt, der die Stadt seit Monaten bindet

Besonders schwer wiegen für uns die Entwicklungen innerhalb der Orts- und Gemeindefeuerwehren.

Die Konflikte haben sich insbesondere seit August 2025 erheblich verschärft. Die Entwicklungen haben zu einer erheblichen Belastung und Spaltung innerhalb der Feuerwehren geführt.

Wir sehen die Gefahr, dass eine weitere Verschärfung dieser Situation Auswirkungen auf Motivation, Mitgliederzahlen und letztlich auch auf die Einsatzbereitschaft haben kann.

Unsere Freiwilligen Feuerwehren sind für Friedland und seine Ortsteile von herausragender Bedeutung.

Frauen und Männer stellen dort ehrenamtlich ihre Zeit zur Verfügung, bilden sich aus und sind bereit, Verantwortung für die Sicherheit anderer Menschen zu übernehmen.

Dieses Engagement verdient Verlässlichkeit, Respekt und eine Verwaltung, die insbesondere in schwierigen Konfliktsituationen konsequent, transparent und rechtssicher handelt.

Dabei stellen wir ausdrücklich fest:

Der Bürgermeister ist nicht für jeden persönlichen Konflikt innerhalb der Feuerwehren verantwortlich.

Er trägt jedoch Verantwortung dafür, wie die Verwaltung mit einem solchen Konflikt umgeht.

Von einem Bürgermeister und Dienstherrn erwarten wir bei einer derart schwierigen Situation eine konsequente, rechtssichere und möglichst auf Befriedung ausgerichtete Verfahrensführung.

Nach vielen Monaten müssen wir feststellen, dass eine nachhaltige Befriedung bislang nicht erreicht wurde.

Stattdessen hat der Vorgang einen erheblichen zeitlichen, administrativen und politischen Aufwand verursacht und bindet weiterhin Kräfte innerhalb der Feuerwehren, der Verwaltung und der politischen Gremien.

Besonders problematisch ist für uns, dass während der Bearbeitung wiederholt Fragen zu rechtlichen und verfahrensmäßigen Grundlagen sowie zur Information der Stadtvertretung entstanden sind.

Zuletzt betraf dies insbesondere die Bedeutung der Feuerwehrsatzung für bereits getroffene beziehungsweise noch zu treffende Entscheidungen.

Nach einer monatelangen intensiven Befassung erneut über grundlegende Voraussetzungen eines solchen Verfahrens diskutieren zu müssen, ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel.

Der Feuerwehrkomplex steht deshalb beispielhaft für mehrere Probleme, die wir insgesamt sehen:

Defizite in der Kommunikation, erheblichen zusätzlichen Beratungsbedarf, Zweifel an einer verlässlichen Verfahrensvorbereitung und das Ausbleiben einer nachhaltigen Lösung.

Gerade bei unserer Feuerwehr darf ein Konflikt nicht Monat für Monat weitergetragen werden.

Hier wären frühzeitig Klarheit, Verlässlichkeit und eine rechtssichere Verfahrensführung erforderlich gewesen.

6. Prioritäten setzen - und Ergebnisse schaffen

Friedland hat große Aufgaben vor sich.

Unser städtisches Eigentum weist erheblichen Sanierungs- und Reparaturbedarf auf.

Dies betrifft unter anderem Gemeindehäuser, Sporthallen, Straßen und weitere kommunale Infrastruktur.

Gleichzeitig beschäftigt sich die Stadt mit langfristigen Konzepten und Zukunftsprojekten.

Solche Konzepte haben ihre Berechtigung. Eine Stadt muss über ihre langfristige Entwicklung nachdenken und die Weichen für ihre Zukunft stellen.

Aber langfristige Konzepte dürfen nicht dazu führen, dass die bereits heute bestehenden Aufgaben aus dem Blick geraten.

Ein Konzept saniert kein Gemeindehaus. Ein Konzept repariert keine Straße.

Und ein Konzept setzt noch keinen Beschluss um.

Entscheidend ist, dass aus Planung konkretes Handeln und aus politischen Entscheidungen sichtbare Ergebnisse werden.

Die Bürgerinnen und Bürger erleben ihre Stadt nicht in Konzeptpapieren.

Sie erleben sie auf ihren Straßen, in Schulen und Sporthallen, bei der Feuerwehr, in ihren Ortsteilen und beim Kontakt mit ihrer Verwaltung.

Deshalb erwarten wir eine klare Prioritätensetzung zwischen langfristiger Strategie und den Aufgaben, die bereits heute erledigt werden müssen.

Friedland braucht Ideen für morgen.

Friedland braucht aber ebenso Ergebnisse heute.

7. Die Stadtvertretung muss wieder gestalten können

Die Mitglieder der Stadtvertretung sind gewählt worden, um Friedland und seine Ortsteile weiterzuentwickeln.

Seit der Kommunalwahl 2024 mussten wir uns jedoch nach unserer Wahrnehmung in erheblichem Umfang mit organisatorischen, personellen und verfahrensbezogenen Problemen beschäftigen.

Dadurch wurden und werden erhebliche Kapazitäten gebunden, die für die eigentliche politische Gestaltungsarbeit fehlen.

Wir wollen darüber diskutieren, wie sich Friedland entwickeln soll.

Wir wollen Entscheidungen über Schulen, Straßen, Sportstätten, Feuerwehren, Investitionen und unsere Ortsteile treffen.

Wir wollen darüber sprechen, wie wir unsere Stadt für Familien, Unternehmen, Vereine und ehrenamtlich Engagierte attraktiv halten und weiterentwickeln.

Dafür sind wir gewählt worden.

Wir sind nicht gewählt worden, um uns Sitzung für Sitzung immer wieder mit denselben internen Problemen beschäftigen zu müssen.

Eine Stadtvertretung muss gestalten können.

Dafür braucht sie eine Verwaltung, die Entscheidungen professionell vorbereitet und anschließend zuverlässig umsetzt.

Und sie braucht einen Bürgermeister, mit dem trotz politischer Meinungsverschiedenheiten eine belastbare und vertrauensvolle Zusammenarbeit möglich ist.

8. Nicht ein einzelner Vorgang ist entscheidend - sondern die Summe

Wir wollen mit diesem Antrag ausdrücklich nicht den Eindruck vermitteln, ein Bürgermeister dürfe keine Fehler machen.

Wer Verantwortung übernimmt, macht Fehler.

Das gilt für einen Bürgermeister ebenso wie für Stadtvertreter.

Deshalb wäre keiner der beschriebenen Vorgänge für sich allein ausreichend, um einen Bürgerentscheid über die Abberufung des Bürgermeisters herbeizuführen.

Nicht ein verzögert umgesetzter Beschluss.

Nicht eine problematische Stellenbesetzung.

Nicht ein Informationsdefizit.

Nicht eine organisatorische Auseinandersetzung.

Und auch nicht ein einzelner Konflikt innerhalb der Feuerwehr.

Entscheidend sind die Summe, die Wiederholung und die Dauer der Entwicklungen.

Wir haben nicht beim ersten Problem einen Antrag auf Herbeiführung eines Bürgerentscheids gestellt.

Wir haben über einen langen Zeitraum nachgefragt, diskutiert, beraten und versucht, innerhalb der bestehenden Strukturen Verbesserungen zu erreichen.

Aber irgendwann muss eine Stadtvertretung bereit sein, nicht mehr ausschließlich über den nächsten einzelnen Vorgang zu sprechen.

Wenn sich dieselben grundlegenden Schwierigkeiten über Jahre wiederholen, muss die Frage gestellt werden, ob das eigentliche Problem tiefer liegt.

Dieser Punkt ist für uns inzwischen erreicht.

9. Das notwendige Vertrauen ist nachhaltig beeinträchtigt

Eine funktionierende Zusammenarbeit zwischen Bürgermeister und Stadtvertretung setzt keine persönliche Freundschaft voraus.

Sie setzt auch keine politische Einigkeit voraus.

Kontroverse Diskussionen gehören zu einer Demokratie.

Was sie aber zwingend voraussetzt, ist Vertrauen.

Das Vertrauen, rechtzeitig und umfassend informiert zu werden.

Das Vertrauen, dass gefasste Beschlüsse verlässlich bearbeitet werden.

Das Vertrauen, dass schwierige Verfahren sorgfältig vorbereitet werden.

Das Vertrauen, dass die Verwaltung personell und organisatorisch so geführt wird, dass sie ihre Aufgaben erfüllen kann.

Und das Vertrauen, dass Bürgermeister und Stadtvertretung trotz unterschiedlicher Auffassungen gemeinsam Verantwortung für Friedland übernehmen können.

Dieses notwendige Vertrauen in die Amtsführung des Bürgermeisters sehen wir inzwischen als nachhaltig beeinträchtigt an.

Das ist der entscheidende Grund für diesen Antrag.

Nicht persönliche Abneigung.

Nicht Parteipolitik.

Nicht eine verlorene Abstimmung.

Und nicht eine einzelne Sachentscheidung.

Sondern die Überzeugung, dass sich über einen langen Zeitraum grundlegende Probleme entwickelt und trotz zahlreicher Möglichkeiten zur Verbesserung verfestigt haben.

So kann es aus unserer Sicht nicht weitere Jahre weitergehen.

10. Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden

Mit der Herbeiführung eines Bürgerentscheids trifft die Stadtvertretung nicht selbst die Entscheidung über die Abberufung des Bürgermeisters.

Sie entscheidet darüber, ob das gesetzlich vorgesehene Verfahren eingeleitet wird, in dem die Bürgerinnen und Bürger über die Abberufung entscheiden.

Genau darum geht es mit diesem Antrag.

Wir sind nach sorgfältiger Abwägung der Entwicklungen der vergangenen Jahre zu der Überzeugung gelangt, dass das erforderliche Vertrauen für eine dauerhaft konstruktive Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister nicht mehr vorhanden ist.

Deshalb beantragen wir die Herbeiführung eines Bürgerentscheids.

Über die Abberufung von Herrn Frank Nieswandt entscheiden die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Friedland.

Sie haben den Bürgermeister gewählt.

Nun sollen sie im gesetzlich vorgesehenen Bürgerentscheid darüber entscheiden, ob er sein Amt weiter ausüben soll.

Am Ende liegt die Entscheidung dort, wo sie nach der Kommunalverfassung liegt:

bei den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt.

Aus den vorgenannten Gründen beantragen die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Friedlands in Zählgemeinschaft mit der Wählergemeinschaft Wir für Friedland, dass die Stadtvertretung der Stadt Friedland den Bürgerentscheid über die Abberufung des Bürgermeisters Frank Nieswandt herbeiführt.

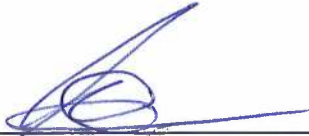
Mit freundlichen Grüßen



Ronny Rodat
FWF



Kirsten Steinke
FWF



Dr. Anja Lentz-Becker
FWF



Christian Schultz
FWF



Bianka Totzeck
FWF



Matthias Noack
FWF



Hagen Leifels
FWF



Sebastian Heuer
Wir für Friedland